



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/10224, 18/10893

### **Bericht zu Extremismus und Dienstsituation bei der Bayerischen Polizei**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu berichten,

1. ob sie die Vorfälle im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie mit Drogenmissbrauch bei der Polizei nach wie vor als Einzelfälle bewertet,
2. mit welchen Maßnahmen sie rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen entgegenwirkt,
3. an wen sich Beamtinnen und Beamte wenden können, wenn sie extremistisches Verhalten von Kolleginnen und Kollegen wahrnehmen,
4. inwieweit es Schulungen und Fortbildungen für Führungskräfte gibt, um die Beamtinnen und Beamten im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Verhaltensweisen zu sensibilisieren,
5. ob sie eine Dunkelfeldstudie zu strukturellem Rassismus in der Polizei für notwendig und sinnvoll erachtet,
6. welche Maßnahmen vorgesehen sind, um die Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamtinnen und -beamten zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf psychische Belastungen, denen sie bei ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt sind,
7. ob eine Ausweitung der psychosozialen Betreuung durch den Polizeilichen Sozialen Dienst geplant ist,
8. wie sie die Arbeit des Zentralen Psychologischen Dienstes in München bewertet und ob bei diesem konzeptionelle Veränderungen vorgesehen sind,
9. welche Anstrengungen sie unternimmt, um das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft zu stärken.

Die Präsidentin

I.V.

**Thomas Gehring**

II. Vizepräsident